

**Gemeinsames Positionspapier
der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung und genanet
zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**

Eckpunkte einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsstrategie

Eine Gesellschaft, in der die Versorgungs- und Erwerbsarbeit, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die Verfügbarkeit über und Gestaltung von natürlichen Ressourcen, die Entscheidungsmacht und -zuständigkeiten, die Pflichten und Verantwortlichkeiten sowie die Bildungs- und Karrierechancen geschlechtsspezifisch ungleich verteilt sind, ist keine nachhaltige Gesellschaft. Sie ist vielmehr eine Gesellschaft, die auf abstrakten ökonomischen Wachstumszielen und Effizienz kalkülen basiert, die sich einseitig am Modell der Erwerbsarbeit orientiert und macht blind für eine andere, am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Konzeption von Gesellschaft und Wirtschaft.

Welcher Eckpunkte bedarf eine solche geschlechtergerecht angelegte Konzeption? Welche inhaltlichen, strukturellen und prozeduralen Minimalvoraussetzungen sind dafür notwendig? Welche kurz- und mittelfristigen Strategien zu ihrer Realisierung sollten entwickelt und verfolgt werden?

Die Genderdimension ist querschnittsorientiert anzulegen

Unsere Gesellschaft mit all ihren Institutionen, Prozessen und Strukturen ist nicht geschlechtsneutral. D.h. am politischen und wirtschaftlichen Handeln sind Männer und Frauen sowie die ihnen zugewiesenen Bereiche unterschiedlich beteiligt und von den Auswirkungen betroffen. Deshalb erfordert eine nachhaltige Entwicklung, dass Genderaspekte in alle Politiken und Planungen einbezogen werden. Dazu kann u.a. der Ansatz des Gender Mainstreaming beitragen, der inzwischen auch durch einen Beschluss der Bundesregierung verbindlich verankert ist.

In einer weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) muss die Geschlechterdimension querschnittsorientiert angelegt sein. Denn dann werden nicht nur die strukturellen Ungerechtigkeiten sichtbar, sondern auch die Schief lagen in der Problemwahrnehmung und den Bewältigungsansätzen, die durch eine einseitig an der männlichen Lebenswirklichkeit orientierte Sichtweise entstehen.

Wir fordern das für die Erarbeitung und Verwirklichung der nationalen NHS federführende Bundeskanzleramt sowie alle Ministerium auf, die Genderdimension als Querschnittsaufgabe bei der Entwicklung des Leitbildes und der Ziele der Strategie, bei der Festlegung ihrer gesamten inhaltlichen Schwerpunkte und zentralen Fragestellungen sowie bei deren Bearbeitung zu berücksichtigen. Mittelfristig wäre es, an einem oder mehreren Modell-Projekt/en zu veranschaulichen, welche (anderen) Fragestellungen, Zugänge und Perspektiven ins Blickfeld rücken, wenn durchgängig auf die Geschlechterverhältnisse fokussiert wird.

Eine kritische Reflexion der Grundkategorien unserer Gesellschaft ist notwendig

Die NHS muss, wenn sie *mit*, statt *für* die Gesellschaft entwickelt werden soll, eine Auseinandersetzung mit deren Grundkategorien wie Wirtschaft, Arbeit und den damit verbundenen Wachstums- und Naturbegriffen leisten und diese in Richtung zukunftsfähiger Leitbilder und Prinzipien neu entwerfen.

Wirtschafts- und Arbeitsbegriff

Im herrschenden Wirtschaftsverständnis wird die noch immer vorrangig von Frauen geleistete Versorgungs-, Fürsorge-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit als nicht produktiv ausgeblendet. Sie ist gering oder gar nicht bezahlt, obwohl dadurch das Fundament einer Gesellschaft sichergestellt und soziales Kapital gebildet wird. Ökonomisch wertgeschätzt wird vielmehr die einseitige Fokussierung auf den (warenförmigen) Markt und die an einem männlichen lebensbiografischen Modell (Vollzeitarbeitsverhältnis) ausgerichtete Erwerbsarbeit. Eine auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruhende geschlechtergerechte Ökonomie setzt voraus, dass all jene Alltagsrealitäten und Arbeiten eine gesellschaftliche und ökonomische Wertschätzung erfahren, die bislang vorwiegend von Frauen privat übernommen werden und bis heute zu ihren Lasten gehen. Die vielfältigen fürsorge- und versorgungsbezogenen Tätigkeiten von Frauen müssen sichtbar gemacht, in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung anerkannt und in das makroökonomische Denken als Grundvoraussetzungen des Wirtschaftens konzeptionell integriert werden.

Wir fordern alle Beteiligten dazu auf, die alltäglichen Versorgungsnotwendigkeiten von Menschen als Basis und normative Voraussetzungen jeglichen gesellschaftlichen Wirtschaftens zu zentralen Bezugsgrößen nachhaltiger Entwicklungsansätze zu machen. Denn dann könnte Lebensmodellen zum Durchbruch verholfen werden, die es allen Gesellschaftsmitgliedern unabhängig von ihrem Geschlecht ermöglicht, sich beruflich, familiär oder/und gemeinnützig zu engagieren, ohne deshalb von gesellschaftlicher Wohlfahrt abgekoppelt zu sein.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, sich mit bereits formulierten Zugängen – wie etwa dem insbesondere von Frauen aus den Ländern des „globalisierten Südens“ erarbeiteten Konzept des „sustainable livelihood“ oder den von feministischen Ökonominen entwickelten Prinzipien aus dem versorgungswirtschaftlichen Bereich (Kooperation, Vorsorge, Orientierung am für das gute Leben Notwendigen) – konstruktiv auseinanderzusetzen.

Wachstumsbegriff

Unser warenförmiges Wirtschaften beruht auf der Notwendigkeit und der Gewährleistung dauerhaften Wachstums. Diese grundsätzliche Orientierung wird auch in der Debatte über eine zukunftsverträgliche Gestaltung unserer Gesellschaft insbesondere seit dem „Zusammenbruch des Sozialismus“ als eine nicht mehr zu hinterfragende quasi unumstößliche Tatsache akzeptiert. Wir halten jedoch die inzwischen globale Ausrichtung am Wachstumsparadigma kapitalökonomischer Prägung für nicht zukunftsfähig und grundlegend revisionsbedürftig. Als essentiell für eine nachhaltige Entwicklung befürworten wir stattdessen die Entwicklung von und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit alternativen, nicht wachstumsfixierten Wirtschaftsformen.

Wir fordern den Rat für Nachhaltige Entwicklung auf, seine Rolle als Initiator und Moderator gesellschaftlicher Diskussionen wahrzunehmen und einen ersten Workshop zum Kenntnisstand über existierende und/oder angedachte Alternativen zu wachstumsorientierten Wirtschaftsweisen durchzuführen.

ren. Damit würde die Zusammenführung interessierter Fachkreise angestoßen und eine konzeptionelle Weiterentwicklung solcher Ansätze unterstützt.

Naturbegriff

Sowohl auf der wissenschaftlichen als auch der politischen Ebene bedarf es dringend einer Auseinandersetzung mit der wenig reflektierten Unterwerfungs- und Verwertungslogik in der Mensch-Natur/Umweltbeziehung. Denn diese prägt zum einen das Verständnis von Natur in der herrschenden Ökonomie als kostenloses und dauerhaft verfügbares Kapital und zum anderen in den Natur- und Technikwissenschaften als nahezu beliebig gestaltbares Objekt. Dieses Verständnis einer zuricht-, kontrollier- und verfügbaren Natur gilt als ursächlicher Bestandteil der heutigen globalen Umweltkrise. Grundsatzdebatten über das gesellschaftliche Verständnis von Natur und Technik ist endlich ein wesentlicher Platz im Nachhaltigkeitsdiskurs einzuräumen.

Wir fordern den Nachhaltigkeitsrat auf, die Initiative zu ergreifen und entsprechende Veranstaltungen anbieten bzw. Diskussionsrunden ermöglichen.

Es ist darüber hinaus dringend erforderlich, das Erfahrungs- und Forschungswissen über die Zusammenhänge von Naturverständnissen, der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie den Geschlechterverhältnissen sowohl bei den Ursachenanalysen der globalen Krise als auch bei der Entwicklung von perspektivischen Lösungsansätzen einzubeziehen.

Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeitsstrategie sind unter einer Genderperspektive integrativ zu verknüpfen

Dem Anspruch, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit integrativ zu bearbeiten, werden die deutsche NHS und der Nachhaltigkeitsdiskurs insgesamt nur ansatzweise gerecht. Wenn Verknüpfungen hergestellt werden, dann bislang vorrangig zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten. Nahezu gänzlich unterbelichtet oder ausgeblendet bleiben hingegen die Verbindungslinien zwischen der sozialen und ökologischen oder allen drei Dimensionen – z.B. zwischen den Umgangsformen mit Natur, den Geschlechterverhältnissen und dem Produktions-/Arbeits- und Wirtschaftsverständnis. Insbesondere bei der Frage, welche Ursachen und Bedingungen einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Entwicklung entgegenstehen, ist der Blick auf die systemischen Kontexte unerlässlich. Das gleiche gilt für die Erarbeitung von Lösungsstrategien. Werden Problemzusammenhänge aus einer Genderperspektive betrachtet, wird einerseits der Blick für eigentlich zusammengehörende, aber als getrennte oder Gegensätze konstruierte Bereiche geschärft. Andererseits eröffnen sich darüber aber auch neue Möglichkeiten, wie diese Bereiche inhaltlich zusammengeführt und bearbeitet werden können.

Wir fordern daher alle im Bereich Nachhaltigkeit Forschenden und Planenden auf, Themen- oder Praxisfelder, die von den Begriffen her gegensätzlich wirken als kontextabhängige, sich gegenseitig bedingende und ergänzende Arbeitsfelder integrativ zu betrachten. Denn bislang werden die meisten dieser Bereich sowohl wissenschaftlich-fachlich als auch politisch sektoral getrennt behandelt (z.B. Mobilität und Bauen/Wohnen, Ressourcennutzung und Naturschutz, Entwicklung bzw. Produktion und Verwertung bzw. Konsum von Stoffen/Produkten).

Erkenntnisse der Frauen-/Genderforschung sind zu nutzen, ihre Förderung ist auszubauen

Die bisherigen Nachhaltigkeitsstudien verdeutlichen, wie wenig die Erkenntnisse der Frauen-/Geschlechterforschung zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen und Fragestellungen rezipiert werden. Um

die Ursachen der globalen Krise jedoch problemorientiert analysieren und die Maßnahmen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung zielgruppenspezifisch entwickeln zu können, muss Datenmaterial, das nach Geschlechtern differenziert ist, verwendet werden.

Wir fordern deshalb das für die Erarbeitung einer nationalen NHS federführende Bundeskanzleramt dazu auf, alle zwei Jahre parallel zur Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategie eine öffentliche Fachkonferenz zum Thema „Geschlechteraspekte der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Wissenschaftlicher Sachstand – politische Fortschritte der Integration und Umsetzung“ durchzuführen. Daran sollten ExpertInnen aus Forschungs- und Politikzusammenhängen sowie VertreterInnen aus den Ressorts und ihren nachgeordneten Behörden aktiv beteiligt werden. Eine solche Veranstaltung könnte nicht nur dazu beitragen, dass die Erkenntnisse der nachhaltigkeitsrelevanten Frauen-/Geschlechterforschung stärker wahrgenommen und reflektiert werden. Darüber hinaus würde für die gesellschaftliche Relevanz der Geschlechterdimension und die Möglichkeiten ihrer Integration bei der Bearbeitung inhaltlicher Problemkonstellationen sensibilisiert.

Zusätzlich fordern wir die Ressorts dazu auf, im Rahmen der eigenen Ressortforschung und ihrer Fördermöglichkeiten zur Stärkung nachhaltigkeitsrelevanter Genderforschung und ihrer Wahrnehmung beizutragen.

Wir fordern weiterhin den Nachhaltigkeitsrat auf, bei seinen Jahrestagungen zur Integration der Genderperspektive in die eigenen Arbeitszusammenhänge Stellung zu beziehen und ein Diskussionsforum dazu anzubieten.

Institutionelle und strukturelle Innovationen sind notwendige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Verankerung der Genderperspektive

Damit die Ressorts die Aufgaben im Rahmen der Integration der Geschlechterdimension bewältigen können, sind Strukturen aufzubauen, die einen Austausch und wechselseitige Unterstützung gewährleisten. Innerhalb der Ressorts und der ihnen nachgeordneten Behörden könnten z.B. in spezifisch dafür eingerichteten Projektgruppen die das Ressort betreffenden inhaltlichen und strukturellen Neuausrichtungen unter Beteiligung der MitarbeiterInnen vorbereitet werden. Zur Unterstützung dieses Prozesses sollten Gender-Trainings, d.h. Schulungen zur Sensibilisierung für die Relevanz der Geschlechterverhältnisse, auf der höheren und mittleren Leitungs- und Mitarbeitererebene durchgeführt werden.

Zur Unterstützung der Genderforschung im Nachhaltigkeitskontext ist es notwendig, entsprechende ExpertInnen-Pools und Netzwerke aufzubauen bzw. netzwerkfördernde Veranstaltungen anzubieten. Nicht zuletzt halten wir es für dringend angezeigt, die Vergabe von Fördergeldern und finanziellen Zuwendungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung an das Vorhandensein von Genderkompetenz bzw. von einer die Geschlechterverhältnisse berücksichtigenden Anlage des Forschungsansatzes zu binden.

Die machtvolle Teilhabe von Frauen und GenderexpertInnen bei Gestaltungsprozessen ist zu gewährleisten

Die stärkere Beteiligung von Frauen an gesellschaftlichen Prozessen zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie wird in allen politischen Dokumenten als dringende Notwendigkeit artikuliert. De facto partizipieren Frauen bzw. Genderexpertinnen jedoch eher an informellen Politikverfahren und nicht an formalen entscheidungsrelevanten Prozessen. Dies gilt auch für die beratenden Gremien, die den Prozess der nachhaltigen Entwicklung begleiten. Zur Weiterentwicklung der NHS ist daher

die geschlechterparitätische Besetzung aller Beratungsgremien der Bundesregierung sowie der Leitungsebenen der einzelnen Ressorts und ihrer nachgeordneten Behörden unerlässlich. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass durch die Auswahl der Personen Geschlechteraspekte und -sichtweisen angemessen vertreten sind. Die vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit neu eingerichtete Leitstelle „Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ sollte als Forum engagierter und interessierter wissenschaftlicher und politischer Frauennetzwerke von der Bundesregierung aktiv beratend in die Dialogprozesse zur Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen werden. Für ein Empowerment von Frauen, d.h. zur geschlechtergerechten und machtvollen Teilhabe von Frauen an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen innerhalb politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Institutionen sowie zur kontinuierlichen Verankerung geschlechterrelevanter Positionen im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses ist die Absicherung der Vernetzung und Zusammenarbeit von GenderexpertInnen durch die längerfristige finanzielle Unterstützung der „Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ essentiell notwendig.

Vorsorgende und erfolgskontrollierende Prüfinstrumente sollten eingesetzt werden

Die in Rio verabschiedete Agenda 21 und die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz fordern eine Überprüfung der Wirkungen, die umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen auf Frauen und Männer haben. Das Instrument des Gender Impact Assessment (GIA) wurde entwickelt, um potentielle Auswirkungen politischer Entscheidungen und Strategien auf das Geschlechterverhältnis zu erkennen. Es wurde bereits an einigen Fallbeispielen im BMU getestet und sollte als Vorsorgeinstrument verbindlich nicht nur bei sämtlichen Gesetzgebungsvorhaben, sondern ebenso im Rahmen der politischen Maßnahmen- und Programmentwicklung (z.B. im Forschungsbereich) verankert werden. Ein weiteres Instrument, das Gender Budget, das Einnahmen und Ausgaben staatlicher, kommunaler und institutioneller Haushalte geschlechterspezifisch analysiert, befindet sich noch in der Erprobungsphase. Die Methode des „Gender Budgeting“ vermag erheblich zur Transparenz und zur geschlechtersensiblen Analyse und Planung öffentlicher Ausgaben beizutragen. Wir halten seine breite Einführung daher für dringend notwendig.

Im Sinne einer Eigenerfolgskontrolle fordern wir die Bundesregierung auf, in ihren Berichten zum Stand der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung dezidiert zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit, d.h. zu den diesbezüglichen Aktivitäten und Erfolgen der einzelnen Ressorts, Stellung zu beziehen. Um den Fortschritt bei der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Themenfeldern und politischen Entscheidungsprozessen prüfen zu können, erscheint uns die Entwicklung weiterer, insbesondere qualitativer Kriterien bzw. Indikatoren erforderlich.

Weitere Informationen

Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit. Dokumentation eines Workshops der AG Frauen im Herbst 2000, in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung NRW, Bonn 2001, www.forumue.de/themenundtags/frauen/index.html

AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung: Konkretisierung der Forderungen an eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie. Bonn, Frankfurt, Wuppertal 1999, www.forumue.de/themenundtags/frauen/index.html

Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg): Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit. 14 Punkte zum Anpacken. Positionspapier zum UN-Gipfel in Johannesburg 2002. Autorinnen: NRO-

Frauenforum und AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn 2002,
www.rio-10.de/rioprozess/bilanzpapiere/bilanz_frauen_kf.html

Kontakt

genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit
LIFE e.V.

Hohenstaufenstr. 8

D-60327 Frankfurt

Fon 069.740757

Fax 069.740842

leitstelle@genanet.de

www.genanet.de

Das Positionspapier Eckpunkte einer nachhaltigen Entwicklung wurde von Dr. Christine Katz erstellt.

Email: waldfrauen@uni-lueneburg.de